

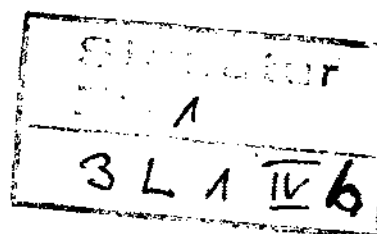
STATISTISCHE BERICHTE



Herausgeber: Statistisches Bundesamt / Wiesbaden

Arb.Nr.VII/44/6

Erschienen am 5. Dezember 1957



Berechnungsgrundlagen für die Schlüsselzuweisungen
der Länder an ihre Gemeinden und Gemeindeverbände

- Rechnungsjahr 1957 -

A. Vorbemerkung	3
B. Die Schlüsselmasse	4
C. Schlüsselzuweisungen an Gemeinden	5
1. Ermittlung der Bedarfsmeßzahl	5
2. Ermittlung der Steuerkraftmeßzahl	11
3. Berechnung der Schlüsselzuweisungen	12
D. Schlüsselzuweisungen an Landkreise	13
1. Ermittlung der Bedarfsmeßzahl	13
2. Ermittlung der Umlagekraftmeßzahl	15
E. Schlußbemerkung	16
Anhang: Gesetzliche Grundlagen	17

A. Vorbemerkung

Die Notwendigkeit eines Finanzausgleichs zwischen Staat und Gemeinden ist dadurch entstanden, daß die Steuerverteilung zwischen Staat und Gemeinden nicht der Verteilung der Aufgaben zwischen diesen beiden Verwaltungsebenen entspricht. Da bestimmte Aufgaben überhaupt nur bzw. zweckmäßiger innerhalb des gemeindlichen Bereichs erfüllt werden können, müssen die Gemeinden mit Einnahmen ausgestattet werden, die den zu leistenden Ausgaben entsprechen. So hat der kommunale Finanzausgleich in erster Linie den Sinn, Aufgaben- und Ausgabenverteilung einander anzupassen. Dieser "vertikale" Ausgleich zwischen der staatlichen und der kommunalen Ebene ist die ursprüngliche Aufgabe des Finanzausgleichs. Er hat jedoch darüber hinaus das Ziel, die im gemeindlichen Bereich bestehenden Unterschiede der Finanzkraft auszugleichen, und hat somit außer dem "vertikalen" gleichzeitig einen "horizontalen" Ausgleichseffekt.

Unmittelbar gegeben ist diese horizontale Ausgleichswirkung in den sog. "Speziallastenausgleichen", die insbesondere für die Aufgabengebiete Schule, Fürsorge, Polizei, Straßen und Gesundheit bestehen, weil hier der Maßstab für die Verteilung der Finanzierungsmittel einfach in dem örtlichen Bedarf für die Erfüllung dieser Aufgaben zu finden ist. Ebenso unmittelbar stellt der horizontale Ausgleich sich bei den sonstigen Zuweisungen und Darlehen ein, da sie überwiegend örtlich zweckgebunden sind.

Bei den allgemeinen Finanzzuweisungen, die ohne ausdrückliche Zweckbestimmung die Gemeinden in die Lage versetzen sollen, die ihnen allgemein obliegenden Aufgaben zu erfüllen, ergibt sich der Grad des Ausgleichs der unterschiedlichen Finanzkraft der Gemeinden durch die "Verteilungsschlüssel", mit denen objektive Maßstäbe für eine möglichst "gerechte" Zuteilung gesucht werden. Seit Jahren ist man bemüht, diese Schlüssel mehr und mehr zu verfeinern, um damit einen immer besseren finanziellen Ausgleich zwischen leistungsstarken und leistungsschwachen Gemeinden zu erzielen.

Besonders groß ist die Sorgfalt, die von den Ländern auf die Ausgestaltung des Berechnungssystems gelegt wird, nach dem die sog. Schlüsselzuweisungen, die das Kernstück der allgemeinen Finanzzuweisungen darstellen, an die Gemeinden und Gemeindeverbände gezahlt werden. Das System, das der Verteilung des für Schlüsselzuweisungen vorgesehenen Gesamtbetrages (Schlüsselmasse) zugrunde liegt, ist in jedem Land gesetzlich verankert. Es weist in seinen methodischen Grundzügen in den einzelnen Ländern zwar weitgehende Übereinstimmung auf, ist im Hinblick auf die in die Berechnung einzubeziehenden Faktoren und die Höhe der Ansätze jedoch unterschiedlich.

Diese Uneinheitlichkeit bringt es mit sich, daß die in der Finanzstatistik gewonnenen Zahlen über die Schlüsselzuweisungen erst dann von Land zu Land vergleichbar sind, wenn sie im Zusammenhang mit der jeweiligen gesetzlichen Regelung betrachtet werden.

Die folgende Gegenüberstellung der Berechnungsgrundlagen der Länder für die Verteilung der Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände soll Abweichungen in den Verteilungssystemen der Länder aufzeigen und dadurch zur notwendigen Vertiefung bei der Auswertung der finanzstatistischen Ergebnisse beitragen.

B. Die Schlüsselmasse

Die Schlüsselmasse ist nur noch in den Ländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz ein starrer Betrag. In den übrigen Ländern ist der Umfang der vom Land für die Schlüsselzuweisungen zur Verfügung gestellten Summe durch die Einführung des Steuerverbundes von den in den Steuerverbund einbezogenen Einnahmen des Landes, d.h., von der sog. Verbundmasse abhängig. Unter Verbundmasse ist in der Hauptsache das dem Land nach Abzug des Bundesanteils verbleibende Aufkommen an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer zu verstehen. In Schleswig-Holstein werden darüber hinaus die Einnahmen aus ~~Körperschaftsteuer~~ ^{Erbschaftsteuer}, Grunderwerbsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Versicherungssteuer, Rennwettsteuer, Lotteriesteuer, Sportwettsteuer, Wechselsteuer und Biersteuer einbezogen.

In Niedersachsen und Hessen erhöhen oder vermindern sich die in die Verbundmasse einbezogenen Einnahmen um die Beträge, die das Land auf Grund des Bundesgesetzes über den Finanzausgleich unter den Ländern (Länderfinanzausgleichsgesetz vom 27.4.1955) erhalten oder gezahlt hat. Schleswig-Holstein stellt den auf Grund des Länderfinanzausgleichsgesetzes erhaltenen Betrag dem des Finanzausgleichsjahres 1955 gegenüber. Je nachdem, ob dieser Betrag über oder unter dem des Jahres 1955 liegt, erhöht oder vermindert sich die Finanzausgleichsmasse um 21 vH des Unterschiedes.

In den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und Baden-Württemberg besteht der Steuerverbund darin, daß die gesamte Finanzausgleichsmasse, aus der sowohl allgemeine Finanzzuweisungen als auch Zweckzuweisungen gezahlt werden, sich nach einem festen Prozentsatz der Verbundmasse errechnet. Dieser Prozentsatz beträgt in

Schleswig-Holstein	21	vH
Niedersachsen	15	vH
Hessen	18,5	vH
Baden-Württemberg	20	vH.

Damit nimmt die jährliche Finanzausgleichsmasse dieser Länder automatisch an jeder Steigerung des Steueraufkommens des Landes teil, folgt andererseits aber ebenso zwangsläufig dem Rückgang der Landessteuererträge.

Aus der Finanzausgleichsmasse wird der Teil, der den Gemeinden und Gemeindeverbänden als Schlüsselzuweisung gezahlt wird, in den einzelnen Ländern in unterschiedlicher Form ermittelt.

In Schleswig-Holstein werden von der Finanzausgleichsmasse vorerst bestimmte, im Gesetz festgelegte Zuweisungen (Amtdotation, Grundsteuerausfallentschädigung, Bedarfs- und Sonderzuweisungen sowie Beihilfen zur Beseitigung von Kriegs-

zerstörungen) abgesetzt. Von dem verbleibenden Teil der Finanzausgleichsmasse werden rd. 84 vH für Schlüsselzuweisungen, der Rest für Zuschüsse zu den Straßen- und Wegebaukosten verwendet.

In H e s s e n entfallen 84,6 vH des nach Abzug aller im Gesetz als Zweck- und Bedarfszuweisungen bezeichneten Beträge verbleibenden Teils der Finanzausgleichsmasse auf Schlüsselzuweisungen.

In B a d e n - W ü r t t e m b e r g beträgt die Schlüsselmasse 72,5 vH des Teils der Finanzausgleichsmasse, der verbleibt, nachdem zweckgebundene Zuweisungen und Gastschülerbeiträge abgesetzt worden sind.

N i e d e r s a c h s e n geht bei der Verteilung der Schlüsselmasse zunächst von der gesetzlich festgelegten Summe aus. Die Differenz zwischen dem im Rahmen des Steuerverbundes vom Land zur Verfügung zu stellenden Gesamtbetrag der Finanzzuweisungen und zweckgebundenen Zuschüsse und den tatsächlich gewährten Leistungen wird im folgenden Rechnungsjahr ausgeglichen. Beträgt die Nachzahlung aus der Verbundabrechnung 400 000 DM und mehr, werden 85 vH davon für Schlüsselzuweisungen verwendet. Bei einer Überzahlung aus der Verbundabrechnung von 400 000 DM und mehr werden die Schlüsselzuweisungen im folgenden Rechnungsjahr um 75 vH dieser Überzahlung gekürzt.

Nachzahlungen unter 400 000 DM werden voll zur Erhöhung des Ausgleichsstockes verwendet, Überzahlungen unter 400 000 DM durch Kürzungen des Ausgleichsstocks ausgeglichen.

Die Schlüsselmasse dieser Länder ist damit zwar von der Höhe der Landessteuererträge abhängig, jedoch nur mittelbar. Unmittelbar ist dagegen die Wirkung auf den Umfang der Finanzausgleichsmasse.

In B a y e r n steht die Schlüsselmasse in direktem Zusammenhang mit der Verbundmasse. Hier gewährt der Staat den Gemeinden und Gemeindeverbänden in jedem Rechnungsjahr Schlüsselzuweisungen in Höhe von 9 vH der Verbundmasse.

C. Schlüsselzuweisungen an Gemeinden

Das Berechnungssystem, nach dem die Schlüsselmasse verteilt wird, ist durch Landesgesetz festgelegt. In den Grundzügen der Berechnungsmethode haben die Länder allmählich die bewährten Grundsätze der preußischen Regelung von 1938 übernommen. Dieses Verteilungssystem geht von der durchschnittlichen Ausgabebelastung unter Berücksichtigung bestimmter Sonderbelastungen und der Steuerkraft der Gemeinden aus. Die Schlüsselzuweisung wird ermittelt, indem von einer in DM ausgedrückten Meßzahl für die Ausgabebelastung (Bedarfsmeßzahl) eine andere Meßzahl abgezogen wird, die der Steuerkraft der Gemeinde Ausdruck gibt (Steuerkraftmeßzahl). Die Hälfte, in Rheinland-Pfalz ein Drittel des Unterschiedsbetrages erhält die Gemeinde als Schlüsselzuweisung.

1. Ermittlung der Bedarfsmeßzahl

Die Bedarfsmeßzahl ist ein innerhalb des Landes einheitlicher, relativ leicht zu gewinnender Maßstab für die Belastung und damit für den Finanzbedarf der einzelnen Gemeinden. Sie ergibt sich - abgesehen von Baden-Württemberg - durch Multiplikation eines Grundbetrages mit der durch einen Hauptansatz und ver-

schiedene Ergänzungsansätze berichtigten Einwohnerzahl einer Gemeinde. Die Einwohnerzahl ist bei der Ermittlung der Bedarfsmeßzahl die wichtigste Größe.

Der Grundbetrag wird in den einzelnen Ländern von dem Minister der Finanzen und dem Minister des Innern für jedes Rechnungsjahr bestimmt, und zwar so, daß die zur Verteilung bereitgestellte Schlüsselmasse aufgebraucht wird.

Der Hauptansatz ist der nach Gemeindegrößenklassen gestaffelte Hundertsatz, mit dem die Einwohnerzahl der Berechnung der durchschnittlichen Ausgabebelastung zugrunde gelegt wird. Die Staffe- lung, die beispielsweise in Hessen mit 55 vH für die kleinsten Gemeinden beginnt und mit 160 vH für die größten Gemeinden endet, trägt dem Grundsatz Rechnung, daß die finanzielle Belastung der Gemeinden pro Einwohner mit zunehmender Größe steigt. In diesem Ansatz, der gegebenenfalls durch Ergänzungsansätze noch verfei- nert wird, wird den kleinsten Gemeinden - um bei dem Beispiel Hessen zu bleiben - pro Kopf der Bevölkerung nur etwa die Hälfte des Grundbetrages zugestanden, den größten der 1 1/2-fache Be- trag.

1. Hauptansätze der Länder für die Berechnung der Bedarfsmeßzahl der Gemeinden

Einwohnerzahl ¹⁾	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Bayern	Baden- Württemberg
	vH der Einwohnerzahl						DM pro Kopf
500	-	-	-	55	-	-	-
1 000	-	75	-	-	-	65	90
2 000	-	90	-	-	-	75	100
3 000	95	95	-	-	-	-	-
5 000	98	100	-	80	-	90	109
10 000	100	105	100	105	100	100	118
15 000	-	-	115	120	-	-	-
20 000	115	130	-	130	-	-	-
25 000	-	-	125	135	125	125	125
30 000	-	-	-	140	-	-	-
50 000	120	140	135	147	135	135	129
100 000	125	150	140	153	140	140	133
150 000	-	-	-	-	145	-	-
200 000	-	160	-	-	150	-	-
250 000	150	-	145	-	-	145	137
500 000	155	170	150	160	-	150	-

1) Innerhalb jedes Landes gilt der erste und niedrigste Satz auch für alle Gemeinden, deren Einwohnerzahl unter der zu diesem Satz genannten liegt; für Gemeinden mit dazwischenliegenden Einwohnerzahlen gelten die entsprechenden dazwischenliegenden Sätze.

In Baden-Württemberg liegen der Verteilung des für Schlüsselzu- weisungen an die Gemeinden bestimmten Betrages zwei verschiedene Berechnungssysteme zugrunde. Die Hälfte des Betrages wird - wie bei den übrigen Ländern - nach einem Verteilungsschlüssel zuge- wiesen, der sich aus der Gegenüberstellung einer Bedarfsmeßzahl und einer Steuerkraftmeßzahl ergibt. Die Zuweisung erfolgt für

diesen Teil der Schlüsselmasse ausschließlich nach dem Bedarf und nur an die Gemeinden, deren Steuerkraftmeßzahl kleiner ist als die Bedarfsmeßzahl.

Die Berechnung der Bedarfsmeßzahl unterscheidet sich von der der übrigen Länder dadurch, daß Baden-Württemberg statt gestaffelter Hundertsätze für die Einwohnerzahl einen gestaffelten Grundbetrag hat. Er beträgt für das Rechnungsjahr 1957 bei den kleinsten Gemeinden 90 DM je Einwohner und erhöht sich bis 137 DM für Gemeinden mit 250 000 und mehr Einwohnern.

Das Berechnungssystem Baden-Württembergs kennt keine Ergänzungsansätze im eigentlichen Sinne. Es berücksichtigt den Bevölkerungszuwachs und die Mehrbelastung, die durch überdurchschnittlich hohe Kinderzahl entsteht, in Form eines gesetzlich festgelegten Zuschlages zur Einwohnerzahl. Die Einwohnerzahl erhöht sich

- a) um 50 vH ihres Zuwachses gegenüber der bei der Volkszählung vom 17.5.1939 ermittelten Einwohnerzahl
- b) um 100 vH der in ihr enthaltenen Zahl von Jugendlichen unter 15 Jahren, soweit diese Zahl den Durchschnitt der Größenklasse übersteigt, zu der die Gemeinde gehört.

Die zweite Hälfte der verfügbaren Schlüsselmasse wird an sämtliche Gemeinden verteilt, und zwar nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl. Dem Finanzbedarf der Gemeinden wird hierbei nur insoweit Rechnung getragen, als die Einwohnerzahl in unterschiedlicher Höhe in Ansatz gebracht wird. Bei Gemeinden mit mehr als 2 000 Einwohnern werden angesetzt:

die ersten 2 000 Einwohner einfach,
die nächsten 8 000 Einwohner 1,2 fach,
die übrigen Einwohner 1,5 fach.

In Nordrhein-Westfalen wird bei allen Gemeinden, deren Bevölkerungszahl am 30.6.1956 geringer war als bei der Volkszählung vom 17.5.1939, die Einwohnerzahl um 15 vH des Bevölkerungsabganges erhöht. Niedersachsen, Hessen und Bayern berücksichtigen die Bevölkerungszu- bzw. -abnahme in ihren Ergänzungsansätzen.

Der Hauptsatz, der von der durchschnittlichen finanziellen Belastung der Gemeinden innerhalb ihrer Größenklasse ausgeht, wird durch sogenannte Ergänzungsansätze verfeinert. Die Ergänzungsansätze sollen den Sonderbelastungen Rechnung tragen, die einer Gemeinde aus ihrer Struktur, ihrer Lage oder als Folge des Krieges zwangsläufig erwachsen. In diesem Teil der Berechnungsgrundlagen tritt die unterschiedliche Regelung der Länder für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen am deutlichsten zutage.

Insgesamt betrachtet lassen sich die verschiedenen Ergänzungsansätze der Länder im Hinblick auf die Mehrbelastung, die sie berücksichtigen, in folgende 5 Gruppen zusammenfassen:

Ergänzungsansatz

1. nach der Zusammensetzung der Bevölkerung
2. für Bevölkerungszu- bzw. -abnahme
3. für Kriegszerstörungen und Demontagen
4. für Grenz- bzw. Zonengrenzlage
5. für Bädergemeinden

N o r d r h e i n - W e s t f a l e n berücksichtigt im ersten Ergänzungsansatz die zusätzliche Belastung, die einer Gemeinde durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil der Kinder unter 14 Jahren entsteht (Kinderansatz). Als überdurchschnittlich hoch gilt der Anteil der Kinder, wenn er in einer Gemeinde mit

nicht mehr als	5 000	Einwohnern	23 vH
mit	10 000	"	22 vH
mit	25 000	"	21 vH
mit	50 000	"	20 vH
mit	100 000	und mehr Einw.	18 vH

der Einwohnerzahl übersteigt. (Für Gemeinden mit dazwischenliegenden Einwohnerzahlen gelten die entsprechenden dazwischenliegenden Hundertsätze.)

Ist der Hundertsatz der Kinder in einer Gemeinde größer, so werden für je volle 0,1 vH des Unterschiedes $4/1000$ des Hauptansatzes, soweit dieser 30 vH der Einwohnerzahl übersteigt, gewährt. Der "Kinderreichtum" wird somit bei den größeren Gemeinden doppelt - nämlich durch niedrigere vH-Sätze und durch die Beschränkung auf den 30 vH übersteigenden Teil des Hauptansatzes - stärker bewertet als bei den kleineren Gemeinden.

An Stelle des Kinderansatzes kann - falls sich ein höherer Betrag ergibt - der Ansatz nach der unselbständigen Bevölkerung (Arbeiteransatz) gewählt werden. Unselbständige Bevölkerung im Sinne dieses Gesetzes sind die Arbeiter und ihre Familienangehörigen ohne Hauptberuf. Ist der Hundertsatz dieses Personenkreises in einer Gemeinde höher als 30, so werden für je volle 0,5 vH des übersteigenden Unterschieds $2/1000$ des gesamten Hauptansatzes diesem hinzugefügt.

Der zweite Ergänzungsansatz (Grenzlandansatz) ist ein Ausgleich für die sich aus der Grenzlage einer Gemeinde ergebende zusätzliche Belastung. Die Gemeinden, denen dieser Ansatz gewährt wird, werden von dem Landesinnenminister und dem Landesfinanzminister bestimmt.

Den betroffenen Gemeinden wird eine Erhöhung des Hauptansatzes um 10 vH desselben gewährt.

Der dritte Ergänzungsansatz ist für Gemeinden bestimmt, die im besonderen Maße kriegszerstört bzw. von Demontagen betroffen sind. Gemeinden, die einen Ausfall von mindestens 10 vH der Grundsteuermeßbeträge haben, werden - je nach der Höhe des Ausfalls - 2,0 bis 4,4 vH der Meßbeträge, die der Bemessung des Grundsteuerergänzungszuschusses zu Grunde liegen, als Ergänzungsansatz gewährt.

N i e d e r s a c h s e n hat wie Nordrhein-Westfalen einen Ergänzungsansatz für Kinderreichtum, an dessen Stelle gegebenenfalls der Arbeiteransatz treten kann, in das Berechnungssystem für die Verteilung der Schlüsselzuweisung aufgenommen. Im Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen wird in Niedersachsen der Anteil der Kinder unter 15 Jahren der Berechnung zu Grunde gelegt. Als durchschnittlich hoher Anteil der Kinder wird hier - je nach Gemeindegröße - ein Hundertsatz angesehen, der von 20 bis 25 gestaffelt ist (Nordrhein-Westfalen von 18 bis 23). Der Hauptansatz wird in demselben Umfang erhöht wie in Nordrhein-Westfalen.

Die Ausweichmöglichkeit von dem Kinderansatz auf den Arbeiteransatz ist in Niedersachsen auf die Gemeinden mit mehr als 3 000 Einwohnern beschränkt. Bei Gewährung des Arbeiteransatzes erhöht der Hauptansatz sich für je volle 0,5 vH des 30 vom Hundert übersteigenden Unterschieds um 3/1000.

Kriegszerstörten kreisfreien Städten, die an der schlüsselmäßigen Ausschüttung der Wiederaufbauzuschüsse beteiligt sind, wird in Niedersachsen eine Erhöhung des Hauptansatzes um den Hundertsatz gewährt, mit dem sie an den ausgeschütteten Wiederaufbauzuschüssen beteiligt sind.

Der Bevölkerungszuwachs wird in Niedersachsen in einem besonderen Ergänzungsansatz berücksichtigt. Er wird den Gemeinden gewährt, deren Einwohnerzahl gegenüber der Wohnbevölkerung nach der Volkszählung vom 17.5.1939 um mehr als 20 vH zugenommen hat. Ist die Bevölkerungszunahme höher als 20 vH, so wird der Hauptansatz um 1/5 des 20 vH übersteigenden Hundertsatzes des Bevölkerungszuwachses (jedoch nicht mehr als um 16 vH) erhöht.

B a y e r n gewährt einen Kinderansatz, wenn der Anteil der Kinder unter 14 Jahren einen Hundertsatz übersteigt, der nach Gemeindegrößenklassen von 20 bis 26 gestaffelt ist. Die Berechnungssätze für die Erhöhung des Hauptansatzes sind dieselben wie in Nordrhein-Westfalen.

Unter den gleichen Voraussetzungen wie in Niedersachsen ist auch in Bayern die Ausweichmöglichkeit auf den Arbeiteransatz gegeben.

In einem Grenzlandansatz erhöht sich bei bestimmten, im Gesetz näher bezeichneten bayerischen Gemeinden - wie in Nordrhein-Westfalen - der Hauptansatz um 10 vH.

Ein Ansatz für Kriegszerstörungen wird den Gemeinden zugebilligt, die eine Grundsteuerausfallvergütung erhalten. Berechnungsgrundlage ist die Schadensquote, die sich aus dem Vergleich des Grundsteueraufkommens des vergangenen Jahres mit dem des Rechnungsjahres 1942 ergibt. Das Grundsteuersoll des Jahres 1942 wird für diesen Vergleich auf die Hebesätze des vorangegangenen Jahres umgerechnet. Schadensquote ist der auf diese Weise ermittelte Grundsteuerausfall, ausgedrückt in einem Hundertsatz des umgerechneten Aufkommens des Jahres 1942. Der Hauptansatz wird um einen Hundertsatz erhöht, der dem zweifachen der 20 vH übersteigenden Schadensquote entspricht.

Für Bevölkerungszuwachs wird in Bayern ein Ansatz in der Form gewährt, daß der Hauptansatz um 1/4 des Hundertsatzes des gesamten Bevölkerungsanstiegs - jedoch höchstens um 25 vH des Hauptansatzes - erhöht wird.

H e s s e n hat in den Ergänzungsansatz nach der Zusammensetzung der Bevölkerung außer den Kindern unter 15 Jahren auch die Berufslosen einbezogen. Der Ansatz wird gewährt, wenn der Anteil der Kinder und Berufslosen 30 vH der Einwohnerzahl übersteigt. Der zumutbare Anteilsatz ist in Hessen nicht wie in den bisher genannten Ländern nach der Gemeindegröße gestaffelt, sondern beträgt für alle Gemeinden einheitlich 30 vH. Der Hauptansatz wird um 4/10 des 30 vH übersteigenden Hundertsatzes erhöht. Anstelle des

Hundertsatzes der Kinder und Berufslosen tritt bei Gemeinden mit mehr als 3 000 Einwohnern der Hundertsatz der Lohnempfänger, wenn er höher ist.

Stärkere Veränderungen der Einwohnerzahl werden in Hessen in einem Ergänzungsansatz für Bevölkerungszuwachs und einem Ergänzungsansatz für Bevölkerungsrückgang berücksichtigt. Ist die Einwohnerzahl gegenüber der des Jahres 1939 um mehr als 20 vH gestiegen, erhöht der Hauptansatz sich um $\frac{1}{4}$ des 20 vH übersteigenden Hundertsatzes. Bei Bevölkerungsrückgang um mehr als 5 vH wird dem Hauptansatz das $1\frac{1}{2}$ -fache des 5 vH übersteigenden Bevölkerungsrückganges hinzugefügt.

Bei dem Ergänzungsansatz für Kriegszerstörungen wird in Hessen wie auch in Bayern die Schadensquote des Grundsteuerausfalls zu Grunde gelegt. Der Hauptansatz wird gegebenenfalls um den Hundertsatz der 20 vH übersteigenden Schadensquote erhöht.

Schleswig-Holstein gewährt einen Kinderansatz unter der Voraussetzung, daß der Anteil der Kinder unter 15 Jahren an der Einwohnerzahl je nach der Gemeindegröße einen Hundertsatz übersteigt, der sich von 23 bis 27 staffelt. Bei Gemeinden mit höheren Anteilsätzen werden für je volle 0,1 vH des übersteigenden Unterschieds 0,25 vH des Hauptansatzes diesem hinzugefügt.

Für die Gemeinden Schleswig-Holsteins besteht nicht die Möglichkeit, von dem Kinderansatz auf einen Arbeiteransatz auszuweichen. Hier hat das Gesetz jedoch neben dem Kinderansatz einen sogenannten Sozialansatz geschaffen. Anspruch auf diesen Ansatz entsteht, wenn in einer Gemeinde der Hundertsatz des Anteils der Sozialempfänger an der Einwohnerzahl den Hundertsatz des Landesdurchschnitts übersteigt. Der Hundertsatz des Landesdurchschnitts wird für die kreisfreien Städte gemeinsam, für die kreisangehörigen Gemeinden getrennt nach Größenklassen ermittelt. Ist in einer Gemeinde der Hundertsatz der Sozialempfänger größer als der Hundertsatz des Landesdurchschnitts, so werden für je volle 0,1 vH des Unterschiedes

in einer kreisfreien Stadt	0,35 vH
in einer kreisangehörigen Gemeinde	0,20 vH

des Hauptansatzes gewährt.

Bei Grenz- und Zonengrenzgemeinden erhöht sich in Schleswig-Holstein der Hauptansatz um 12 vH.

Gemeinden, die als Bade- oder Kurorte am 1. Juli des vergangenen Kalenderjahres eine Kurtaxe erhoben haben, wird ein sogenannter Bäderansatz gewährt. Bei diesen Bädergemeinden wird für je volle 200 Fremdenübernachtungen (bei Kinderheimen für je volle 1 000 Übernachtungen) die Einwohnerzahl um einen Einwohner erhöht, allerdings nur, wenn die Erhöhung 1 vH der Einwohnerzahl überschreitet.

Rheinland-Pfalz hat als einziges Land seit 1956 keinen Ergänzungsansatz für die Zusammensetzung der Bevölkerung mehr in die Berechnungsgrundlage für die Verteilung der Schlüsselzuweisungen aufgenommen. Der Hauptansatz wird hier nur noch durch einen Ergänzungsansatz für Kriegszerstörungen und einen Ansatz für Grenzgemeinden verfeinert.

Der Ansatz für Kriegszerstörungen steht den Gemeinden zu, die eine Grundsteuerausfallentschädigung erhalten und richtet sich in seiner Höhe nach der Schadensquote, die sich aus dem Grundsteuerausfall ergibt. Der Hauptansatz wird bei einer Schadensquote von mehr als 20 bis 40 vH um den 2fachen, bei mehr als 40 vH um den 3fachen Betrag der 20 vH übersteigenden Schadensquote erhöht.

Bei Grenzgemeinden erhöht sich die absolute Zahl des Hauptansatzes um 25 vH.

2. Ermittlung der Steuerkraftmeßzahl

Die Steuerkraftmeßzahl ist der Ausdruck der gemeindlichen Steuerkraft. Sie wird ermittelt, indem die für die Gemeinden geltenden Steuerkraftzahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zusammengezählt werden. Die Steuerkraftzahl ergibt sich durch Vervielfältigung der Meß- bzw. Grundbeträge mit Durchschnittshebesätzen. Bei der Bestimmung der Steuerkraftmeßzahl wird also nicht das tatsächliche Steueraufkommen zu Grunde gelegt, sondern die nivellierte Steuerkraft, die auf einheitlichen Hebesätzen beruht. Durch diese Art der Berechnung werden innerhalb eines Landes Unterschiede des gemeindlichen Steueraufkommens ausgeschaltet, die allein auf uneinheitliche Steueranspannung zurückzuführen sind.

Die Staffelung des fiktiven Hebesatzes der Grundsteuer B nach der Höhe der Meßbeträge soll eine stärkere Angleichung an die tatsächlichen Hebesätze bewirken, die in Großstädten erheblich höher sind als in kleinen Gemeinden.

Bei der Grundsteuer gelten als Berechnungsgrundlage für die Steuerkraft die Meßbeträge, die für das vergangene Rechnungsjahr angeschrieben worden sind, abzüglich der Meßbeträge für Grundstücke, bei denen die Steuer wegen Kriegszerstörung oder Demontage erlassen wurde.

Bei der Berechnung der Gewerbesteuerkraftzahl gehen nur Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg von den Meßbeträgen aus. Die Berechnung der übrigen Länder basiert auf dem Grundbetrag, der ermittelt wird durch Division des kassenmäßigen Ist-Aufkommens des vergangenen oder ablaufenden Rechnungs- bzw. Kalenderjahres durch 1 vH des für das betreffende Jahr geltenden Hebesatzes.

Die Grundsteuerergänzungszuschüsse bzw. Grundsteuerausfallvergütungen werden in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg in voller Höhe in die Berechnung der Steuerkraftmeßzahl einbezogen, Schleswig-Holstein bringt sie mit 70 vH in Ansatz. In Bayern werden Gemeinden, die im vorangehenden Rechnungsjahr Grundsteuerausfallvergütung erhielten, diese Beträge den Steuermeßbeträgen der Grundsteuer hinzugerechnet, nachdem sie durch 1 vH der in diesem Rechnungsjahr geltenden Hebesätze geteilt worden sind. Durch die Umrechnung der Grundsteuerausfallvergütung auf die fiktiven Hebesätze der Grundsteuer B wird eine gewisse Nivellierung auch dieser Einnahmen erzielt.

2. Übersicht über die Berechnung der Steuerkraftmeßzahl der Gemeinden für das RJ. 1957

- vH der Grundlagen -

Grundlagen	Schles- wig- Holstein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- Westfalen	Hessen	Rheinl.- Pfalz	Baden- Württbg.	Bayern
Grundsteuer A Meßbeträge	140	100	80	140	140	150	140
Grundsteuer B						150	
die ersten 20 000 DM d. Meßbeträge	140	120	120	130	140		140
die weiteren 100 000 DM "	160	160	160	175	175		170
" 400 000 DM "	200	200	200	-	-		-
" 1 000 000 DM "	-	-	-	220	210		210
" 2 000 000 DM "	-	-	-	240	-		220
" 4 000 000 DM "	-	220	220	-	-		-
" Meßbeträge	250	240	240	260	230		230
Grundsteuerergänzungszuschüsse/ -ausfallvergütungen	70	100				100	140-230 ²⁾
Gewerbesteuer-Meß (Grund-) beträge	210	200	200	245	240	290	240
Gewerbesteuerausgleich	+ 35 - 70	+ 50 - 50	+ 50 - 100	+ 50 - 100	+ 50 - 100	+ 100 - 100	+ 50 - 100
Schlüsselzuweisungen						100 ²⁾	
Verwaltungskostenzuschüsse von Bundesbahn und Bundespost							50
Spielbankabgabe							50

1) Grundbeträge.- 2) Soweit ausschließlich nach der Einwohnerzahl zugewiesen.

Die Gewerbesteuer ausgleichsbeträge werden in Schleswig-Holstein zu 35 vH, in Baden-Württemberg in voller Höhe, in den übrigen Ländern zur Hälfte den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinden hinzugefügt. Von den Steuerkraftzahlen der Betriebsgemeinden werden sie in Schleswig-Holstein zu 70 vH, in Niedersachsen zur Hälfte und in den übrigen Ländern in voller Höhe abgesetzt.

Baden-Württemberg fügt den Berechnungsgrundlagen für die Steuerkraftmeßzahl noch den Teil der Schlüsselzuweisungen hinzu, der ausschließlich nach der Einwohnerzahl verteilt worden ist (s.S. 7).

In Bayern werden die den Gemeinden zufließenden Einnahmen aus der Spielbankabgabe sowie die Verwaltungskostenzuschüsse der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn zur Hälfte den Steuerkraftzahlen der Gewerbesteuer hinzugerechnet.

3. Berechnung der Schlüsselzuweisungen

Von der als Ausdruck des Finanzbedarfs einer Gemeinde ermittelten Bedarfsmeßzahl wird die Steuerkraftmeßzahl abgezogen. Die Hälfte, in Rheinland-Pfalz ein Drittel, des Unterschiedsbetrages wird den Gemeinden grundsätzlich als Schlüsselzuweisung gezahlt. Die Höhe der Schlüsselzuweisung ergibt sich also zu-

nächst aus der Formel

$$S = \frac{G \times E - St}{2 (3)}$$

S = Schlüsselzuweisung

E = veredelte Einwohnerzahl

G = Grundbetrag

St = Steuerkraftmeßzahl

Darüber hinaus enthalten die Landesgesetze fast durchweg Bestimmungen, die es ermöglichen, diese Sätze bei besonders steuer-schwachen Gemeinden zu überschreiten. So erhalten in Schleswig-Holstein und Bayern Gemeinden Sonderschlüsselzuweisungen, deren Steuerkraftmeßzahlen pro Einwohner unter einem festgesetzten Betrag liegen. Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz gewähren Schlüsselzuweisungen über den normalen Satz hinaus bis zur Erreichung der garantierten "Mindestdeckung" des Finanzbedarfs. Sie gilt als gegeben, wenn Steuerkraftmeßzahl und Schlüsselzuweisungen zusammen in Nordrhein-Westfalen 87,5 vH, in Hessen 75 vH und in Rheinland-Pfalz 2/3 der Bedarfsmeßzahl erreichen. Niedersachsen gewährt Sonderzuweisungen in allen Fällen, in denen die für eine Gemeinde berechneten Schlüsselzuweisungen unter einem bestimmten Garantiebetrage liegen. Als Garantiebetrage gilt hier ein von Jahr zu Jahr sich vermindender Hundertsatz (1957 : 60 vH) des Betrages, den die Gemeinde für das Rechnungsjahr 1954 als Bürgersteuerausgleichsbetrag zuzüglich einer etwaigen Sonderzuweisung insgesamt erhalten hat.

D. Berechnung der Schlüsselzuweisungen an Landkreise

Schlüsselzuweisungen erhalten außer den Gemeinden auch die Landkreise. Die Berechnung erfolgt mittels eines Verteilungsschlüssels, der sich aus der Gegenüberstellung einer Bedarfsmeßzahl mit einer Meßzahl ergibt, die die Einnahmemöglichkeiten ausdrückt und im Gesetz als Umlagekraftmeßzahl bezeichnet wird. Schlüsselzahl ist dann der Betrag, um den die Umlagekraftmeßzahl hinter der Bedarfsmeßzahl zurückbleibt.

1. Ermittlung der Bedarfsmeßzahl

Die Bedarfsmeßzahl ergibt sich - wie bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen an Gemeinden - durch Multiplikation eines Grundbetrages mit der durch einen Hauptansatz und ggf. verschiedene Ergänzungsansätze berichtigten Einwohnerzahl.

3. Hauptansätze für die Berechnung der Bedarfsmeßzahl der Landkreise - Rechnungsjahr 1957 -

Einwohnerzahl der kreisangehörigen Gemeinden			Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württbg.	Bayern
			vH der Einwohnerzahl						
1	bis	500	-	-	-	120	-	-	-
1 (500)	"	1 000	110	110	120	110	120	110	120
1 001	"	2 000	105	105	110	-	110	105	115
1 001	"	3 000	-	-	-	105	-	-	-
2 001	"	5 000	100	100	100	-	100	100	105
3 001	"	5 000	-	-	-	100	-	-	-
5 001	"	10 000	95	95	95	95	95	95	95
10 001	"	20 000	-	-	-	-	-	90	-
mehr als		10 000	90	90	90	90	90	-	90
mehr als		20 000	-	-	-	-	-	85	-

Der Hauptansatz ist auch hier ein auf die Einwohnerzahl bezogener Hundertsatz, der sich nach der Größe der einzelnen Gemeinden im Landkreis staffelt. Es werden jedoch - im Gegensatz zu den Ansätzen für die Schlüsselzuweisungen an Gemeinden - innerhalb der einzelnen Kreise größere Gemeinden mit niedrigeren Ansätzen bewertet. Damit soll der Mehrbelastung der Landkreise Rechnung getragen werden, die sich aus einer hohen Anzahl kleiner Gemeinden ergibt. Die Mehrbelastung entsteht dadurch, daß solche Landkreise sich finanziell an bestimmten Aufgaben beteiligen müssen, zu deren Erfüllung die Finanzkraft der kleineren Gemeinden nicht ausreicht.

Der Hauptansatz wird auch bei dem Berechnungssystem für die Verteilung der Schlüsselzuweisungen an die Landkreise der jeweiligen Mehrbelastung entsprechend durch Ergänzungsansätze verfeinert.

S c h l e s w i g - H o l s t e i n gewährt seinen Landkreisen einen Sozialansatz, wenn der Hundertsatz des Anteils der Sozialempfänger im Kreis den Landesdurchschnitt für alle Landkreise übersteigt. Für je volle 0,1 vH des Unterschiedes wird der Hauptansatz um 0,4 vH erhöht.

Ein Grenzlandansatz wird den Kreisen Flensburg und Südtondern mit 5 vH des Hauptansatzes gewährt.

Auf Grund eines Zonengrenzansatzes wird der Hauptansatz des Kreises Herzogtum Lauenburg um 5 vH des halben Hauptansatzes erhöht.

Um 30 vH wird durch einen Inselansatz der für die Einwohner bestimmter Inseln ermittelte Hauptansatz erhöht.

Für Bevölkerungszuwachs wird den Landkreisen N i e d e r - s a c h s e n ein Ergänzungsansatz in der gleichen Form wie den Niedersächsischen Gemeinden gewährt.

Als Ergänzungsansatz nach der Zusammensetzung der Bevölkerung wird dem Hauptansatz der Landkreise der Hundertsatz des Anteils der Gesamtzahl der Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer, soweit er den Landesdurchschnitt übersteigt, hinzugefügt.

N o r d r h e i n - W e s t f a l e n hat in sein Berechnungssystem für die Verteilung der Schlüsselzuweisungen an die Landkreise nur einen Ergänzungsansatz für die Grenzlage aufgenommen. Er beträgt 5 vH des Hauptansatzes und wird den vom Innenminister und dem Finanzminister bestimmten Landkreisen gewährt.

In H e s s e n wird ein Ergänzungsansatz für Bevölkerungszuwachs in der Form gewährt, daß der Hauptansatz um $\frac{1}{4}$ des 20 vH übersteigenden Hundertsatzes der Bevölkerungszunahme gegenüber 1939 erhöht wird.

In einem 2. Ergänzungsansatz werden Kreise mit geringer Be-siedlungsdichte berücksichtigt. Hierbei wird der Hauptansatz erhöht um 0,1 vH je 1 000 Einwohner, um die die Einwohnerzahl eines Landkreises hinter 70 000 zurückbleibt.

R h e i n l a n d - P f a l z berichtigt ausschließlich den Hauptansatz für Grenzlandkreise, die nach näherer Bestimmung des Ministers für Finanzen und Wiederaufbau und des Ministers

des Innern einen Grenzlandansatz bis zu 25 vH des Hauptansatzes erhalten.

In Form eines Grenzlandansatzes wird auch in Bayern bei bestimmten Landkreisen die durch die Grenzlage entstehende Mehrbelastung berücksichtigt. Bestimmten, im Gesetz näher beschriebenen Landkreisen, deren Umlagekraftmeßzahl je Einwohner unter dem Landesdurchschnitt liegt, wird der Hauptansatz um 1/10 erhöht.

Bei Landkreisen, deren Bevölkerungszahl gegenüber 1939 gestiegen ist, erhöht der Hauptansatz sich um 1/4 des Hundertsatzes des Bevölkerungszuwachses.

2. Ermittlung der Umlagekraftmeßzahl

Die Umlagekraftmeßzahl ist die Repräsentativzahl für die Einnahmemöglichkeiten der Landkreise. Sie wird in einem Hundertsatz der Umlagegrundlagen ausgedrückt. Umlagegrundlagen sind die Steuerkraftmeßzahlen der kreisangehörigen Gemeinden (s. Textübersicht, 2) und (außer in den Ländern Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern) die Schlüsselzuweisungen, die die kreisangehörigen Gemeinden für das laufende Rechnungsjahr zu beanspruchen haben.

Berechnungsgrundlagen für die Umlagekraftmeßzahlen der Landkreise

	<u>Umlagegrundlagen</u>	<u>Hundertsatz</u>
<u>Schleswig-Holstein</u>	Steuerkraftmeßzahlen, 70 vH d. Schlüsselzuweisungen	33 1/3
<u>Niedersachsen</u>	Steuerkraftmeßzahlen, 100 vH d. Schlüsselzuweisungen, 100 vH d. Sonderzuweisungen	30
<u>Nordrhein-Westfalen</u>	Steuerkraftmeßzahlen, 100 vH d. Schlüsselzuweisungen	30
<u>Hessen</u>	Steuerkraftmeßzahlen ¹⁾	32
<u>Rheinland-Pfalz</u>	Steuerkraftmeßzahlen	30
<u>Baden-Württemberg</u>	Steuerkraftmeßzahlen	25
<u>Bayern</u>	Steuerkraftmeßzahlen, 80 vH d. Schlüsselzuweisungen	40

1) Mit der Maßgabe, daß Gewerbesteuerzuschüsse in voller Höhe den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinden hinzugefügt werden.

Die Umlagekraftmeßzahl wird der Bedarfsmeßzahl gegenübergestellt; jeder Landkreis erhält als Schlüsselzuweisung grundsätzlich die Hälfte des Betrages, um den die Umlagekraftmeßzahl hinter der Bedarfsmeßzahl zurückbleibt. In Niedersachsen ist eine untere Grenze von mindestens DM 2.--, in Hessen von mindestens DM 2,50 (wenn die Umlagekraftmeßzahl 150 vH der Bedarfsmeßzahl übersteigt, von mindestens DM 1,75) festgesetzt.

Darüber hinaus erhalten Sonderschlüsselzuweisungen (außer in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg) die Landkreise, deren Umlagekraftmeßzahl pro Einwohner unter einem festgesetzten Mindestbetrag bleibt (Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Bayern) oder zusammen mit den Schlüsselzuweisungen einen gesetzlich festgelegten Hundertsatz der Bedarfsmeßzahl nicht erreicht (Hessen).

E. Schlußbemerkung

Die für das Rechnungsjahr 1957 geltenden landesrechtlichen Vorschriften über die Berechnung der Schlüsselzuweisungen lassen gegenüber den entsprechenden gesetzlichen Regelungen der Jahre 1949/50¹⁾ insofern größere Übereinstimmung erkennen, als im Prinzip nur noch eine Berechnungsmethode angewandt wird. Die Zuweisung der Schlüsselbeträge nach der Einwohnerzahl ist - wie bereits erwähnt - nur noch für einen Teil der Schlüsselmasse in Baden-Württemberg erhalten geblieben. Von dieser Ausnahme abgesehen, werden die Schlüsselzuweisungen in sämtlichen Ländern nach einem Verteilungsschlüssel zugewiesen, der sich aus der Gegenüberstellung der Bedarfsmeßzahl und der Steuerkraftmeßzahl ergibt.

Jedoch tritt die Übereinstimmung der Berechnungsmethode zurück hinter der Unterschiedlichkeit der Ergänzungsansätze. Diese Ansätze, die sich in der Bezeichnung zwar gleichen, weichen doch im Hinblick auf die Voraussetzungen, unter denen sie gewährt werden, und auf die Erhöhung des Hauptansatzes, die sie bewirken, von Land zu Land erheblich voneinander ab.

Für die Beurteilung statistischer Angaben über die Höhe der Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände ist die Kenntnis der Berechnungsunterschiede unerlässlich. Eine eingehendere Auswertung ist jedoch nicht möglich ohne gleichzeitige Berücksichtigung der unterschiedlichen Aufgabenverteilung, auf die im Rahmen dieses Berichts nicht näher eingegangen werden kann.

¹⁾ Vgl. "Statistische Berichte", Arb.Nr. VII/3/3.

Gesetzliche Grundlagen für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen der einzelnen Länder

- Rechnungsjahr 1957 -

- Schleswig-Holstein Gesetz über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein vom 25.5.1955; GVBl f. Schleswig-Holstein, Jg. 1955 Nr. 12.
Vierte Ausführungsanweisung zum Gesetz über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein; Amtsblatt f. Schleswig-Holstein Jg. 1957 Nr. 11.
- Niedersachsen Niedersächsisches Finanzausgleichsgesetz i. d. Fassung vom 23.4.1957; Niedersächsisches GVBl, 11. Jg. Nr. 10.
- Nordrhein-Westfalen Gesetz zur Regelung des Finanz- und Lastenausgleichs mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden für das Haushaltsjahr 1957 vom 2.4.1957, GVBl f. d. Land Nordrhein-Westfalen, 11. Jg. Nr. 23.
- Hessen Gesetz zur Regelung des Finanzausgleichs vom 30.5.1956; GVBl f. d. Land Hessen, Jg. 1956 Nr. 10.
Ausführungsbestimmungen für das Rechnungsjahr 1957 zum Gesetz z. Regelung des Finanzausgleichs v. 30.5.1956; Staats-Anzeiger f. d. Land Hessen, Jg. 1957 Nr. 28.
- Rheinland-Pfalz Landesgesetz über den Finanzausgleich in Rheinland-Pfalz v. 7.4.1956; GVBl f. d. Land Rheinland-Pfalz, Jg. 1956 Nr. 13.
Landesverordnung z. Durchführung des § 3 Abs. 3 des Landesgesetzes über den Finanzausgleich v. 8.4.1957; GVBl f. d. Land Rheinland-Pfalz, Jg. 1957 Nr. 12.
- Baden-Württemberg Gesetz über den Finanzausgleich zwischen dem Land und den Gemeinden sowie den Gemeindeverbänden in Baden-Württemberg; Gesetzblatt f. Baden-Württemberg, Jg. 1954 Nr. 17.
Verordnung des Innenministeriums und des Finanzministeriums zur Durchführung des Finanzausgleichs im Rj. 1957, Gesetzblatt f. Baden-Württemberg; Jg. 1957 Nr. 9.
- Bayern Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden i. d. Fassung der Bekanntmachung vom 15.7.1957; Bayerisches GVBl, Jg. 1957 Nr. 14.
Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes vom 8.8.1957; Bayerisches GVBl, Jg. 1957 Nr. 16.
Art. 5 des Gesetzes über das Bayerische Selbstverwaltungskolleg vom 15.7.1957; Bayerisches GVBl, Jg. 1957 Nr. 14.